



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Roland Magerl, Richard Graupner** und **Fraktion (AfD)**

### **Doppelbesteuerung von Renten prüfen und sozialverträglich gestalten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die nachgelagerte Besteuerung der Renten auf ihre verfassungsrechtliche Zulässigkeit hin überprüft wird.

Sollte die nachgelagerte Besteuerung verfassungswidrig sein, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich für deren Abschaffung einzusetzen.

Ist die nachgelagerte Besteuerung verfassungsrechtlich zulässig, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Grundfreibetrag der Rente pro Person auf 24 000 Euro jährlich und entsprechend bei den Lebens- und Ehepartnern angehoben wird.

### **Begründung:**

Für den ökosozialistischen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft benötigt die links-grün indoktrinierte Regierung in Berlin immer weitere Steuermilliarden. Zur Finanzierung dieser CO<sub>2</sub>-Schlösser werden nach wie vor Teile der Renten in den grünen Mahlstrom geworfen. Das Zauberwort heißt nachgelagerte Besteuerung. Dabei bestehen erhebliche Zweifel, ob diese mit unserem Grundgesetz zu vereinbaren ist. Sollten sich die Zweifel bestätigen, ist diese Doppelbesteuerung zu beenden. Falls nicht, sind zumindest die Grundfreibeträge pro Person unverzüglich auf 24 000 Euro pro Jahr und entsprechend für Lebens- und Ehepartner zu erhöhen, da Mieten, Stromkosten und Lebensmittelpreise durch die verfehlte Klimapolitik exorbitant steigen.